



Gift auf dem Weg ins Grundwasser?

Forderung nach Entzug der wasserrechtlichen Genehmigung für den Ausbau der A 49

Parents for Future Germany hat das Regierungspräsidium in Gießen aufgefordert, die wasserrechtliche Genehmigung für den Ausbau der A 49 umgehend zurückzuziehen, bis sichergestellt ist, dass von den Altlasten im Bereich des Sprengstoffwerkes WASAG in Stadtallendorf keine Gefahr ausgeht!

Jüngste Recherchen haben gravierende Versäumnisse bei der Sanierung des Geländes des ehemaligen Sprengstoffwerkes der WASAG in Stadtallendorf zu Tage gebracht. Trotz der Benachrichtigung der Verantwortlichen – das Regierungspräsidium in Gießen sowie die Planfeststellungsbehörde in Wiesbaden -, wurde bisher kein Baustopp für den Ausbau der A49 verordnet.

Wir fordern hiermit, die wasserrechtliche Genehmigung für den Bauabschnitt VKE 40 der A 49 umgehend zurückzuziehen, bis sichergestellt ist, dass von den Altlasten im Bereich des Sprengstoffwerkes der WASAG in Stadtallendorf keine Gefahr ausgeht!

- 1) Für das vom Ausbau der A 49 betroffenen Gelände sind **erbgutschädigende, krebserregende Sprengstoffe** dokumentiert, die im Planfeststellungsbeschluss nicht aufgelistet sind und auch der Bundesregierung bisher nicht vorliegen.¹ Wir müssen daher davon ausgehen, dass sie bei der Altlasten-Sanierung nicht im Blick waren.
- 2) Wurzelstöcke, die laut einem Leitfaden zu Sprengstoffaltlasten über Auswaschungen Sprengstoffreste aufnehmen², wurden geschreddert und über die Trasse verteilt.
- 3) Laut einem Gutachten sind im betroffenen Gelände auch in Ton und Buntsandstein Sprengstoffverbindungen nachweisbar³ - dies scheint bei der Sanierung ebenfalls nicht beachtet worden zu sein.
- 4) Es ist wahrscheinlich, dass die giftigen Stoffe, die momentan freigesetzt werden, über Versickerung ins Grundwasser gelangen. Wegen der Fließrichtung gelangen sie von dort ins nahegelegene Wasserschutzgebiet⁴, aus dem sich die Trinkwasserversorgung von 500.000 Menschen speist.

Nähere Einzelheiten entnehmen Sie bitte dem Anhang.

In unseren Augen sind diese schwerwiegenden Versäumnisse umgehend aufzuarbeiten und bis dahin alle weiteren Bauarbeiten in diesem Bereich einzustellen. Voraussetzung für die Arbeiten auf dem Gelände ist eine vorherige komplette Sanierung des Geländes. Wir fordern, eine solche Sanierung unter Berücksichtigung der dokumentierten Erkenntnisse umgehend zu veranlassen, um Gefahren für die Gesundheit der Anwohner*innen abzuwenden.

Kirsten Pröbldorf

Parents for Future Germany / AG Danni lebt

Kirsten Pröbldorf, +49 177-4225121

¹ Vgl. die Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen am 19.8. 20, <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/217/1921748.pdf> S. 2 – hier werden die Bodenbelastungen eines anderen Sprengstoff-Gebietes in Stadtallendorf aufgelistet, in dem sich andere Sprengstoffe befinden, vgl. Anm 8.

² Leitfaden Rüstungsaltlasten kora –tv5, Annette Joos u. a., gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, Berlin 2008, S. 58, 63 (www.natural-attenuation.de/download.html)

³ ebda, S. 34

⁴ Vgl. den Abschlussbericht zum nahegelegenen Rüstungsgebiet der Dynamit AG des hessischen Umweltministeriums, 2009, S. 10 <https://www.cleaner-production.de/fileadmin/assets/bilder/BMBF-Projekte/0330508 - Abschlussbericht.pdf>

Anhang

Zu 1) Der Planfeststellungsbeschluss ist hinsichtlich der Gefahrenstoffe des vom Ausbau betroffenen Rüstungsgeländes lückenhaft. In der Dokumentation „Die Allendorfer Sprengstoffwerke DAG und WASAG“ von Hans-Jürgen Wolff⁵ sind für das Gelände erbgutschädigende Sprengstoffe aufgelistet, die nicht Teil des Planfeststellungsbeschlusses sind und der Bundesregierung augenscheinlich bisher nicht bekannt sind.⁶ In einer Antwort auf eine diesbezügliche Anfrage an den Bundestag sind lediglich die Sprengstoffe aufgelistet, die für das nicht direkt vom Ausbau betroffene Gebiet der Dynamit AG und den zivilen Bereich des WASAG-Geländes erfasst wurden, nicht aber die im Bereich der Produktion und Abfüllanlagen der WASAG dokumentierten.⁷

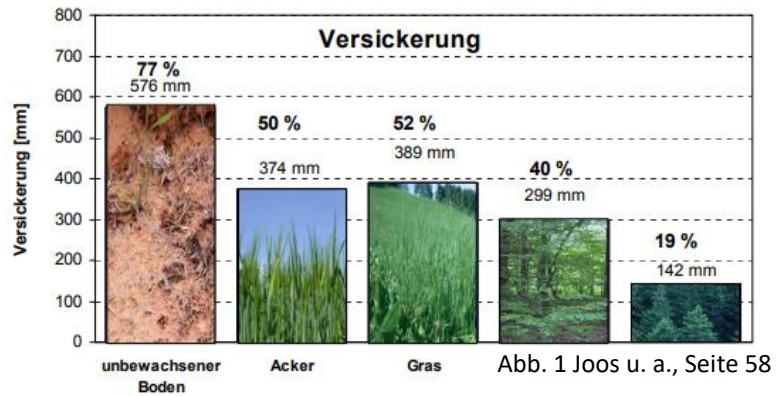


Abbildung 13 Einfluss der Vegetation auf die Sickerwasserhöhe bei 748 mm Jahresniederschlag (nach (Proksch 1990))

Abb. 1 Joos u. a. Seite 58

Zu 2) Am 1. April lagen der für die Genehmigung und Überwachung von Altlastensanierungen zuständige Altlastenbehörde des Landes Hessen keine Informationen zur Sanierung der Wurzelstöcke des betroffenen Geländes vor. Dabei wurde im Leitfaden Rüstungsaltslasten, den Annette Joos u. a. im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung erstellt haben⁸, nachgewiesen, dass ein großer Teil der ausgewaschenen krebserregenden Sprengstoffrückstände von Bäumen aufgenommen wird⁹ (Abb. 1) und

B6 Aufnahme und Verbleib von TNT und RDX in krautigen Pflanzen und Gehölzen

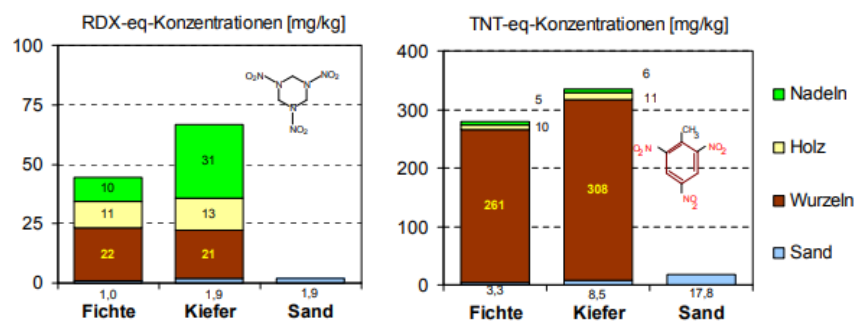


Abbildung 17 Konzentrationsverteilung von ¹⁴C-TNT-bürtiger und ¹⁴C-RDX-bürtiger Radioaktivität nach Impuls-Applikation von 45 mg/l ¹⁴C-TNT und 40 mg/l ¹⁴C-RDX zu 4-jährigen Fichten und Kiefern

⁵ Wolff, Hans-Jürgen, Die Allendorfer Sprengstoffwerke DAG und WASAG, Stadtallendorf, 1989, S. 177, vgl. Abb 4 und Vergleich im Anhang.

⁶ Vgl. den Planfeststellungsbeschluss S. 60f und die Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen am 19.8. 20, <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/217/1921748.pdf> S. 2 – hier listet die Bundesregierung lediglich die Schadstoffe des nahegelegenen Gebiets der Dynamit AG auf, die auch „untergeordnet im WASAG-Gebiet vorhanden sind“ (S. 2). Auch die Verweise auf Detail-Berichte beziehen sich lediglich auf das bereits sanierte und nicht direkt vom Ausbau betroffene Gebiet der Dynamit AG und den zivilen Bereich des WASAG-Geländes, nicht aber auf den Bereich der Produktion und Abfüllanlagen der WASAG.

⁷ Vgl. die Bürgerinformation des Landes Hessen <https://rp-giessen.hessen.de/sites/rp-giessen.hessen.de/files/%28Version für Homepage RP%29 Bürgerinfo Boden RASTA März 2020 - neuer Vordruck%2814%29 BF 0.pdf> S. 8.

⁸ Leitfaden Rüstungsaltslasten kora-tv5, Annette Joos u. a., gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, Berlin 2008, S. 58, 63 (www.natural-attenuation.de/download.html)

⁹ Ebda S. 58

sich dort überwiegend in den Wurzelstöcken sammelt¹⁰ (Abb. 2). Mit der Zerstörung der Bäume werden diese krebserregenden Sprengstoffe nun wieder freigesetzt.

Zu 3) Nicht erfasst ist im Planfeststellungsbeschluss außerdem, dass auch auf Ton und Buntsandstein des Stadtallendorfer Geländes Sprengstoffreste nachweisbar sind.¹¹ Es muss daher davon ausgegangen werden, dass dies bei der Sanierung ebenfalls nicht berücksichtigt wurde.

Zu 4) Wegen der Fließrichtung der Grundwasserströmung nach Südwesten in Richtung Wasserschutzgebiet¹² (Abb. 3) muss davon ausgegangen werden, dass die Verunreinigung des Bodens mit Sprengstoffen Auswirkungen auf die Trinkwasserversorgung von 500.000 Menschen hat.

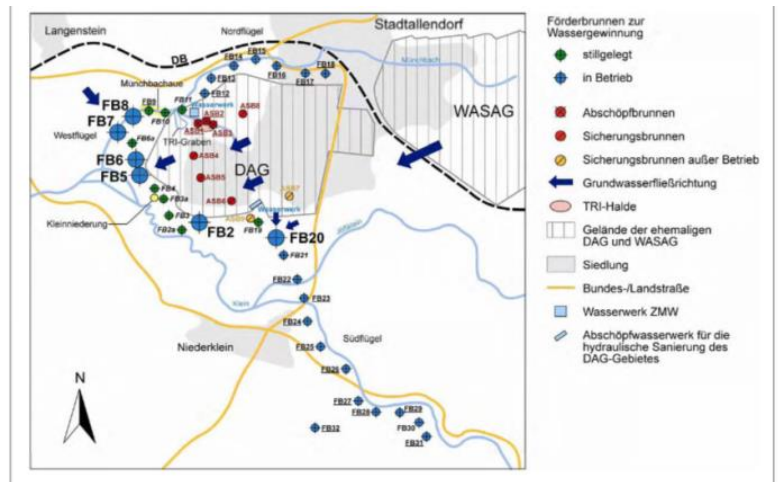


Abb. 3: Lageplan der betriebenen und stillgelegten Förderbrunnen des ZMW

Abb. 3 DAG Abschlussbericht S. 10

Fazit:

Der Planfeststellungsbeschluss ist lückenhaft.¹³ Es muss davon ausgegangen werden, dass das Gelände nicht umfassend genug saniert wurde, um eine Trinkwasserverschlechterung auszuschließen. Damit geht von einem weiteren Ausbau der A49 eine unkalkulierbare Gefahr aus. Die auf dem Gelände begonnenen Arbeiten (vgl. Foto links) müssen daher unverzüglich gestoppt werden.

Bei Verwendung unserer Pressemitteilung bzw. Bezugnahme auf sie freuen wir uns über einen Hinweis oder Link an uns. Wussten Sie schon?

Sie als Journalist*innen können Ihren Teil zum Klimaschutz beitragen und ein Teil von #coveringclimate werden. Geben Sie dem Klimaschutz die mediale Aufmerksamkeit, die er verdient! <https://www.coveringclimatenow.org>

¹⁰ Ebda S. 63

¹¹ Ebda S. 34

¹² Vgl. den Abschlussbericht zum Rüstungsgebiet der DAG des hessischen Umweltministeriums, 2009, S. 10 https://www.cleaner-production.de/fileadmin/assets/bilder/BMBF-Projekte/0330508_-_Abschlussbericht.pdf

¹³ Planfeststellungsbeschluss S. 59 ff.